

Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum politisches Engagement von Bildung und Einkommen abhängt und was dagegen getan werden kann

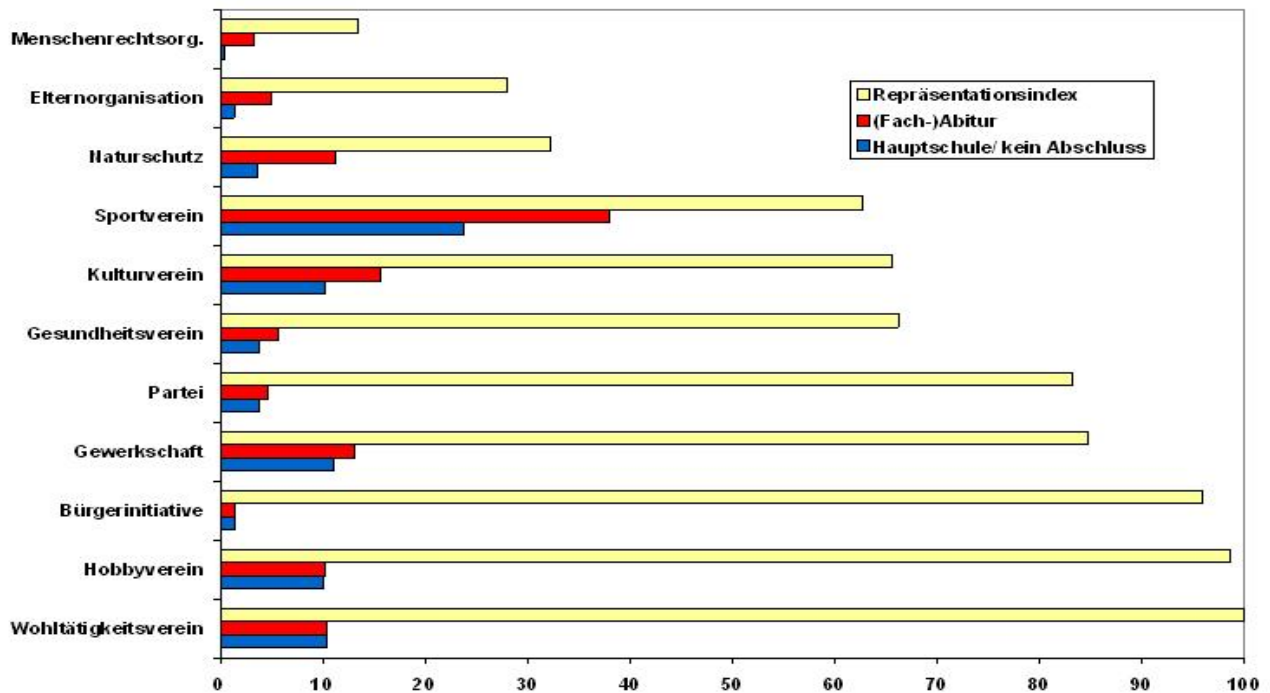
Sebastian Bödeker

Wer der Meinung ist, dass soziale Unterschiede in Deutschland keine allzu große Rolle mehr spielen, irrt sich gewaltig. Die soziale Herkunft entscheidet maßgeblich über zukünftige Karrierewege und Lebenschancen. Wissenschaftliche Belege für diesen Zusammenhang gibt es zuhauf. Zur Veranschaulichung genügt es, sich bewusst zu machen, dass Kinder von besser gestellten Familien in Deutschland eine mehr als doppelt so große Chance besitzen, ein Hochschulstudium aufzunehmen als Kinder aus bildungsfernen Familien. Die Kluft zwischen oben und unten existiert und sie beeinflusst in vielschichtiger und individueller Weise die Lebenswege von Menschen. Sozialer Aufstieg ist nicht unmöglich, jedoch um ein vielfaches schwieriger als es Beispiele von individuellen Erfolgsgeschichten glauben machen wollen.

Die ungleiche Bürgergesellschaft

Wenn soziale Unterschiede in der Gesellschaft insgesamt eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, warum sollte es dann in der vielfach gelobten Bürgergesellschaft anders sein? Auch hier entscheidet die Schichtzugehörigkeit maßgeblich über Teilnahme und Ausschluss (Bödeker 2012b). Sozial Benachteiligte sind in allen Formen gesellschaftlicher Partizipation unterrepräsentiert, insbesondere jedoch beim politischen Engagement. Und hierbei geht es keineswegs nur um klassische Parteipolitik oder die Beteiligung an Wahlen. Die sogenannten »unkonventionellen« Formen politischer Partizipation weisen eine noch größere soziale Schieflage auf. Einkommensschwache und bildungsferne Gruppen sind daher im politischen System insgesamt deutlich unterrepräsentiert. Vom hehren Ziel politischer Gleichheit sind wir weit entfernt und die Interessen des unteren Drittels der Gesellschaft finden immer weniger Berücksichtigung. Aus demokratietheoretischer Sicht ist die ungleiche politische Partizipation also ein durchaus alarmierender Befund (Bödeker 2012a).

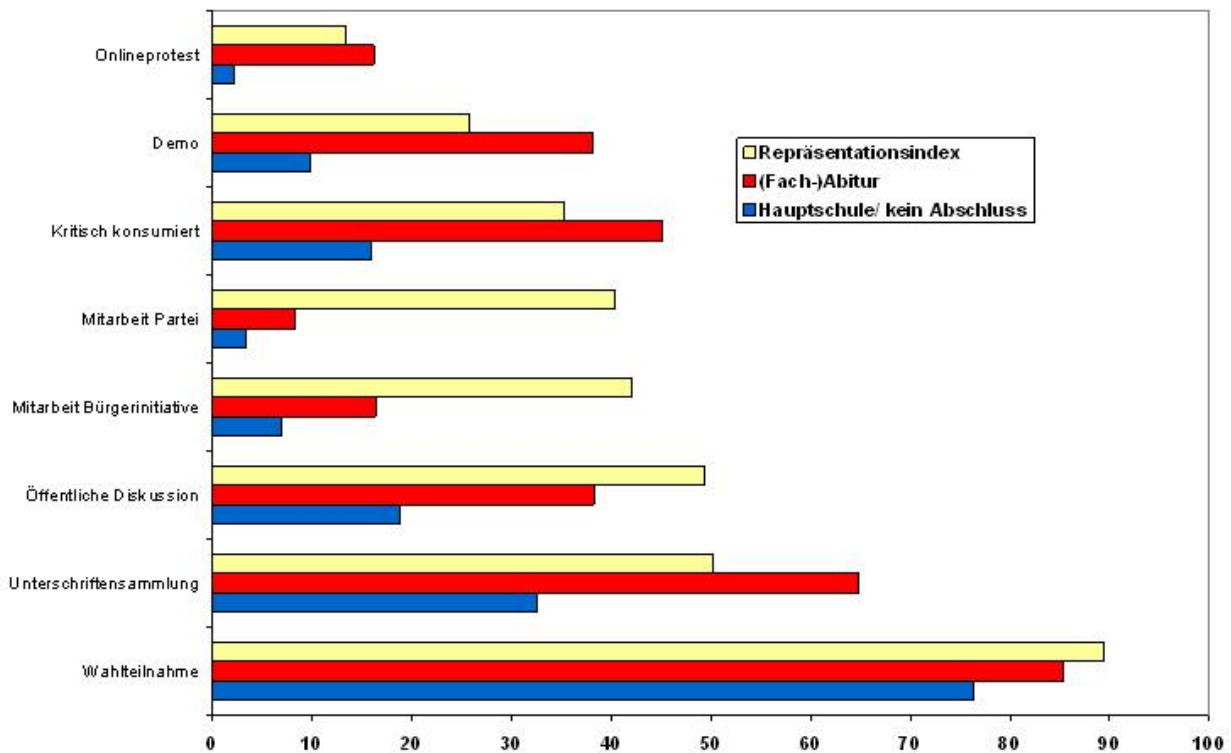
Bildungsabschluss und Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen



Der dargestellte Repräsentationsindex bildet das Verhältnis beider Gruppen zueinander ab. Ein Indexwert von 100 zeigt eine vollständige Gleichverteilung an. Datenbasis: Allbus 2010 (gewichtet)

Vor dem Hintergrund der Debatten über die Krise repräsentativer Demokratie, die in Deutschland besonders intensiv im Zuge der Proteste gegen den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofes geführt worden sind, werden immer wieder institutionelle Reformen der parlamentarischen Demokratie ins Spiel gebracht. Die Einführung von direktdemokratischen Verfahren, etwa in Form von mehr Bürgerentscheiden, ist dabei die am häufigsten vorgebrachte Forderung. Doch gerade solche Reformvorschläge können das soziale Problem der Demokratie noch weiter verschärfen. Sind es doch insbesondere die sozial schwachen Teile der Bevölkerung, die bei Bürgerentscheiden zu Hause bleiben, wie die Abstimmung über die Schulreform in Hamburg eindrucksvoll bewiesen hat. Bevor also voreilig mögliche institutionelle Reformen ins Auge gefasst werden, lohnt es sich einen Blick auf die Ursachen der sozialen Schiefelage des politischen und gesellschaftlichen Engagements zu richten.

Politische Partizipation in Deutschland nach Schulabschluss (2008)



Der dargestellte Repräsentationsindex bildet das Verhältnis beider Gruppen zueinander ab. Ein Indexwert von 100 zeigt eine vollständige Gleichverteilung an. Datenbasis: Allbus 2008 (gewichtet)

Gesellschaft im Wandel : Sozialstrukturelle Veränderungen und ihre Auswirkungen

Was es heißt, im Jahr 2012 zum unteren Drittel der Gesellschaft zu gehören, wird in seinem ganzen Ausmaß erst deutlich, wenn die sozialstrukturellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte in den Blick genommen werden (Crouch 2008; Dalton 2008; Walter 2011). In den frühen 1970er Jahren übertraf die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor (Dienstleistungssektor) zum ersten Mal die des sekundären Sektors (industrieller Sektor). Im Zuge dieser weitreichenden Transformation, deren Folgen bis heute anhalten, verschwand das klassische linke Arbeitermilieu von der Bildfläche und machte Platz für eine soziale Gruppe, die heute als »Prekariat« oder »neue Unterschicht« bezeichnet wird. Während einige wenige Arbeiterfamilien von der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre profitieren konnten, war für die vielen Verlierer der soziale Abstieg vorprogrammiert. Die für

den tertiären Sektor unzureichend qualifizierten Arbeiter wurden zu »Überflüssigen«, die in der postindustriellen Gesellschaft selten gut bezahlte Arbeitsplätze finden konnten (Bude und Willisch 2008; Wilson 1996).

Im Kontext von Bürgergesellschaft und politischer Partizipation gewinnt der Transformationsprozess des klassischen Arbeitermilieus eine besondere Bedeutung. Auch wenn die Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Milieu schon immer mit unterschiedlichen Chancen und Möglichkeiten verbunden war, unterscheidet sich das Arbeitermilieu der frühen Bundesrepublik vom heutigen Prekariat erheblich. Mit dem Wegbrechen des sekundären Beschäftigungssektors und dem Ende der Vollbeschäftigung entstand eine soziale Klasse ohne politisches Selbstbewusstsein und ohne Organisationsstruktur. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg ersetzte den Glauben an gesellschaftlichen Aufstieg und soziale Teilhabe. Hinzu kamen die neuen Anforderungen der »Wissensgesellschaft«, die den ohnehin marginalisierten sozialen Schichten ein zusätzliches Gefühl von Abhängigkeit vermittelten. Während das traditionelle Arbeitermilieu solidarische Organisationsformen entwickelt hatte, die für Ausbau und Pflege sozialer und politischer Netzwerke von großer Bedeutung waren, sind die »neuen Unterschichten« von Vereinzelung und Hoffnungslosigkeit geprägt, die sich mehr denn je in politischer Resignation niederschlagen.

Politisches Engagement: Organisationsstrukturen und psychologische Faktoren

Zwei zentrale Bedingungsfaktoren politischen Engagements sollen an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden: (1) Soziale Netzwerke und Organisationsstrukturen sowie (2) die sozial-psychologische Voraussetzungen des Engagements. Sich zu engagieren oder nicht ist eine individuelle Entscheidung, die jedoch im hohen Maße vom sozialen Umfeld abhängig ist. Die Wahrscheinlichkeit an einer Demonstration teilzunehmen erhöht sich um ein vielfaches, wenn ich weiß, dass Menschen aus meinem nahen Umfeld ebenfalls teilnehmen werden. Die sozialen Netzwerke von Menschen haben daher einen entscheidenden Einfluss auf ihre sozialen und politischen Handlungen. Soziale Gruppen, die in funktionierende soziale Netzwerke eingebunden sind, in denen die Erfahrung von Solidarität und Miteinander eine große Rolle spielen, engagieren sich deswegen auch häufiger als andere. Die Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegungen sind ein gutes Beispiel für diesen Zusammenhang. Die fehlenden Organisationsstrukturen und sozialen Netzwerke von sozial benachteiligten Menschen sind also ein wichtiger Faktor, der die zunehmende politische Apathie erklären kann.

Im unmittelbaren Zusammenhang hiermit stehen die psychologischen Bedingungsfaktoren. Von besonderer Bedeutung hat sich hierbei die individuelle Überzeugung erwiesen, an bestehenden Zuständen durch sein individuelles Engagement etwas verändern zu können. Die sogenannte politische Wirksamkeitsüberzeugung ist

daher einer der Grundsteine für tatsächliches soziales oder politisches Engagement. Wer davon überzeugt ist, dass er oder sie ohnehin nichts ändern kann, wird sich auch mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht engagieren. Gerade bei sozial benachteiligten Menschen ist diese Überzeugung besonders stark ausgeprägt. Gescheiterte Karrierewege und sozialer Ausschluss führen zu einem Gefühl von Aussichtslosigkeit und Resignation. Insbesondere politische Angelegenheiten werden als eine Sache von gesellschaftlichen Eliten betrachtet, auf die man selbst gar keinen Einfluss nehmen kann.

Politische Wirksamkeitsüberzeugung nach Bildungsabschlüssen, in Prozent

	Hauptschule/ kein Abschluss	Mittlere Reife	Abitur
Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken	81,27	79,87	66,75
Kann in einer pol. Gruppe aktive Rolle spielen	18,26	31,93	50,15
Politik ist zu komplex für mich	58,18	40,66	20,93
Politiker vertreten Interessen der Bevölkerung	39,66	38,89	49,78
Weiß wenig über Politik	50,06	36,15	20,63
Habe keinen Einfluss auf Regierung	76,70	62,29	46,10

Datenbasis: Allbus 2008, (gewichtet); „Habe keinen Einfluss auf Regierung“: Allbus 1998 (gewichtet)

Unzureichende Organisationsstrukturen und individuelle psychologische Faktoren führen somit zu einem Teufelskreis des Ausschlusses von sozial benachteiligten Menschen, der nur schwer zu durchbrechen ist. Welche Lösungsansätze gibt es also?

Veränderung ist möglich !

Eine größere Beteiligung von sozial benachteiligten Gruppen wird nicht von heute auf morgen entstehen. Es bedarf langfristiger Anstrengungen und die Impulse hierfür müssen insbesondere von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien gesetzt werden. Die Probleme mit Hilfe institutioneller Reformen des demokratischen Systems zu bekämpfen, geht an den eigentlichen Ursachen der sozialen Exklusion vorbei. Vielmehr wird es darum gehen, neue Organisationsstrukturen zu schaffen, in denen Räume für das Engagement sozial Benachteiligter entstehen können.

Eine aktuelle Studie von Johanna Klatt und Franz Walter (2011) hat hierbei gezeigt, wie wichtig der direkte Nahbereich, also der unmittelbare Wohn- und Lebensmittelpunkt von Menschen, hierfür ist. Insbesondere für sozial Benachteiligte ist das eigene Viertel von enormer Bedeutung. Der größte Teil ihres alltäglichen Lebens spielt sich in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes ab und es gibt häufig keine großen Anreize das eigene Viertel

überhaupt zu verlassen. Wer das Engagement sozial Benachteiligter fördern will, muss die Anknüpfungspunkte hierfür im unmittelbaren Nahbereich der Menschen suchen. Abstrakte Mitmachangebote reichen hierfür nicht aus. Die Aktivitäten müssen vor Ort vorgestellt und, wenn möglich, auch durchgeführt werden. Das unmittelbare Umfeld der Bewohner/innen eines Viertel sollte die Möglichkeit haben, gemeinschaftlich teilzunehmen. Die Hemmschwelle für Partizipation muss so niedrig wie möglich angesetzt werden. Dies schließt automatisch landesweite oder sogar bundesweite Aktivitäten, die oftmals mit erheblichem Reiseaufwand verbunden sind, aus. Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppen, die soziale Inklusion ernsthaft praktizieren wollen, werden dies nur erreichen, wenn sie es schaffen, sozial benachteiligte Menschen an ihrem unmittelbaren Lebensmittelpunkt abzuholen.

Um dies zu erreichen, müssen Organisationen bei den realen Problemen von sozial Benachteiligten ansetzen. Abstrakte Debatten über Zivilgesellschaft und Engagement werden niemanden zum Mitmachen anregen. Die alltäglichen Problemlagen von Menschen vor Ort sind schon viel eher dazu geeignet, das Interesse von Betroffenen zu wecken. Damit dies gelingt, braucht es jedoch zweierlei: Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen brauchen Personen, die sich mit den Problemen von sozial benachteiligten Menschen auskennen und sich mit diesen bis zu einem gewissen Grad identifizieren können. Und es bedarf einer angemessenen Sprache, die von den Menschen vor Ort verstanden und nachvollzogen werden kann. Doch genau an diesen Punkten mangelt es in vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und insbesondere in den Parteien. Funktionär/innen und hauptberufliche Mitarbeiter/innen sind oftmals weit von den realen Problemen sozial benachteiligter Menschen entfernt, da sie selbst fast ausschließlich aus bildungsnahen Milieus rekrutiert werden. Insbesondere Berufspolitiker/innen haben es verlernt, die »Sprache der Unterschicht« (Klatt und Walter 2011, 214) zu sprechen. Es ist daher kaum verwunderlich, dass sozial Benachteiligte kaum noch einen Bezug zwischen ihrer eigenen Lebenswirklichkeit und politischen Fragen herstellen können. Eine aktive Engagementpolitik, die soziale Inklusion ernst nimmt, muss daher bei konkreten Problemen vor Ort ansetzen, diese in einer angemessenen Sprache ansprechen und Verbindungen zu Fragen von Politik und Demokratie herstellen.

Dies alles mag sich angesichts der komplexen Problemlage recht kleinkrämerisch anhören. Es bietet jedoch, anders als der Hinweis auf große Sozialreformen oder institutionelle Veränderung des demokratischen Systems, konkrete Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche Gruppen und politische Parteien. Die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit mittels sozialer Reformen und einer aktiven Bildungspolitik ist wünschenswert, wird jedoch, wenn überhaupt, nur langfristig Wirkung entfalten. Mit einer aktiven Einbeziehung sozial benachteiligter Menschen in die Partizipationsstrukturen von Parteien und Organisationen kann direkt

begonnen werden. Es wäre ein nicht zu unterschätzender Beitrag zu sozialer Inklusion und politischer Gleichheit.

Literatur

Bödeker, Sebastian. 2012a. »Die soziale Frage der Demokratie. Einkommen und Bildung beeinflussen die Chancen politischer Teilhabe.« WZB Mitteilungen (134). <http://bibliothek.wzb.eu/artikel/2011/f-17043.pdf>.

Bödeker, Sebastian. 2012b. Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Frankfurt a.M. http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2012_o2_o7_Boedeker_AP_01.pdf.

Bude, Heinz and Andreas Willisch. 2008. Exklusion. Die Debatte über die »Überflüssigen«. 1st ed. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Crouch, Colin. 2008. Postdemokratie. Bonn: Bpb.

Dalton, Russell J. 2008. The good citizen. How a younger generation is reshaping American politics. Washington, D.C: CQ Press.

Klatt, Johanna, and Franz Walter, eds. 2011. Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: Transcript.

Walter, Franz. 2011. »Die starken Arme legen keine Räder mehr still. Der ›Malocher‹ trat ab und ein Prekariat entstand.« In Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, eds. Johanna Klatt, and Franz Walter. Bielefeld: Transcript.

Wilson, William Julius. 1996. When work disappears. The world of the new urban poor. New York: Knopf.

Autor

Sebastian Bödeker ist seit September 2011 als Doktorand im Programm der Berlin Graduate School for Transnational Studies Mitglied der WZB-Abteilung Transnationale Konflikte und internationale Institutionen. Er hat an der University of Indiana (Bloomington) und der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft studiert und arbeitet zu politischer Partizipation, sozialen Bewegungen und transnationalen Nichtregierungsorganisationen.

Kontakt:

Sebastian Bödeker

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Abteilung Transnationale Konflikte und internationale Institutionen

Reichpietschufer 50

10785 Berlin

Telefon: (0 30) 25 49 12 74

Fax: (0 30) 25 49 13 42

E-Mail: boedeker@wzb.eu

www.stifterverband.info

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion eNewsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de